

Parteienbühne

Wäre ich Nationalrat in Bern, hätte ich für dieses Abkommen geschwärmt!

Im Volksblatt vom 7. Dezember stechen zwei Beiträge der Chefredakteurin Doris Quaderer und des FBP-Präsidenten Thomas Banzer hervor, von denen ich mich mit aller Deutlichkeit distanzieren. Es handelt sich dabei um eine völlig missglückte Replik auf die grossmehrheitliche Ablehnung des Gesundheits-Abkommens im Landtag. Statt eine sachliche Analyse vorzunehmen, weshalb das Abkommen im Landtag «durchfiel», werden Schweizer Politiker zitiert und das hinlänglich bekannte Ärzte-Bashing zelebriert. Die FBP lässt just den Azmooser Nationalrat Walter Müller auf der Seite 1 über das Landtags-Nein des Abkommens poltern und die Liech-

tensteiner diskreditieren. Jetzt müssen wir doch mal das Zeitfenster der tatsächlichen Tragödie, welche im Jahre 2014 stattgefunden hat, öffnen. Es ist genau dieser Nationalrat Walter Müller, der zusammen mit weiteren Kantons- und Nationalrats-Politikern der Schweiz bereits seit Jahren im Bundes-Bern gegen den bestehenden Staatsvertrag (Notenwechsel) mit aller Härte hetzte, da Liechtenstein mit der Bedarfsplanung diesen Vertrag seit Jahren verletzen würde. Müller war es, der zusammen mit Bundesrat Alain Berset im 2014 Liechtenstein eine einseitige Teilsuspendierung des Staatsvertrages (Notenwechsel) aufdrückte, die zum Ziel hatte,

die St. Galler Versicherten nur noch mit den Liechtensteiner OKP-Ärzten abrechnen zu lassen. Es war somit das Ziel von Walter Müller und dem Bundes-Bern, die Chiropraktoren, Physiotherapeuten, Apotheker usw. die Abrechnungsmöglichkeit von St. Galler Patienten in Liechtenstein künftig zu unterbinden.

Die Regierung Hasler hat dann – nicht nachvollziehbar (!) – dieser Teilsuspendierung im 2014 ohne Not – und eben mit diesen fatalen Folgen für die nicht-ärztlichen Leistungserbringer in Liechtenstein – zugestimmt, nachdem die vorherigen Regierungen diese einseitige und für Liechtenstein schädliche Vertragsänderung stets konsequent als inakzeptable

Benachteiligung ablehnten. Und das Volksblatt erkundigt sich genau bei diesem «Liechtenstein-Freund» Walter Müller, wie er das Abkommens-Nein in Liechtenstein beurteile. Zynischer geht's wohl kaum.

Ich vertrete nicht – wie die Aufsatzschreiber im Volksblatt vom 7. Dezember – die Interessen der Politiker von St. Gallen, Graubünden sowie des Bundes-Berns. Ich bin von der Bevölkerung in Liechtenstein gewählt und ich vertrete die Interessen der Menschen des Fürstentums Liechtenstein. Dieses Abkommen war für mich und für 17 andere Landtagsabgeordnete inakzeptabel und ein für Liechtenstein sehr nachteiliger Zukunfts-Vertrag. Warum? Da eine massive Mengenauswei-

tung auf 30 000 Ärzte schweizweit mit gleichzeitiger Diskriminierung von inländischen Leistungserbringern für die Versicherten in Liechtenstein mit Sicherheit erhebliche Prämien erhöhungen mit sich gebracht hätte, weil Steuersubstrat und Arbeitsplätze in grösserem Stil in die Schweiz exportiert und weil die Zuweisungspraxis zu Lasten des LLS in die Schweizer Spitäler massiv forciert worden wäre. Im 2016 sind im Gesundheitswesen bereits 105 Mio. Franken in die Schweiz geflossen! Ich setze mich dezidiert für die Wahrung der Interessen der liechtensteinischen Bevölkerung ein.

Eine Stellungnahme von Johannes Kaiser, FBP-Landtagsabgeordneter

Parteienbühne

Alles klar bei der VU?

Nach dem Gesundheitsabkommen-Fiasko im Landtag ist für mich einiges klar geworden: Die VU, zusammen mit den Weissen, haben geschlossen gegen das Abkommen gestimmt.

Klar ist auch, dass bei der VU wieder Fraktionszwang eingeführt wurde. Wie wäre sonst zu erklären, dass der VU-Abgeord-

nete in der Aussenpolitischen Kommission für das Abkommen stimmte, im Landtag jedoch dagegen!

Klar ist des Weiteren, dass die VU sich schon wieder hinter die Ärztekammer gestellt hat. Dies fast genau nach einem Jahr, als die Ärztekammer mit Streik und Abwanderungen drohte, falls man ihr bzw. den

Ärzten die OKP-Verträge nicht versüsse. Das lavierende Handeln der VU vor einem Jahr hat ihr den Wahlsieg, den sie schon im Trocken wählte, vermasselt. Dieses Mal konnten sich die VU und die Ärztekammer durchsetzen. Der Ärztekammer wurden ihre Pfründe gesichert.

Klar ist auch, dass die VU nur die Interessen der Ärzte-

kammer im Visier hatte. Viele andere Leistungserbringer liess sie mit fadenscheinigen Argumenten links liegen. Klar ist zudem: Die Leistungsnehmer, sprich Patienten, wurden im Regen und Schnee stehen gelassen. Da zeigt die VU wirklich Profil.

Im Klartext: Die VU ist eine «Döckerle-Partei», unterstützt

von den Weissen (auch eine Döckerle-Partei). Auf den Punkt gebracht war die Ablehnung dieses Staatsvertrags ein Trauerspiel der Koalitionsregierung und dürfte ennet dem Rhein die entsprechenden Gegenmassnahmen auslösen.

Eine Stellungnahme von Harry Quaderer, DU-Landtagsabgeordneter

Leserbriefe

Super

Am 6. Dezember 2017 jährte sich in der Schweiz die EWR-Abstimmung zum 25. Mal. Die Schweiz hat damals entschieden, dem EWR nicht beizutreten. In Liechtenstein hat sich eine Gegnerschaft zum EWR-Beitritt in der Gruppierung «Pro Liechtenstein» formiert, um in der Beitrittsfrage in gleichem Sinne wie die Schweiz abzustimmen. Die hauptsächlichsten Befürchtungen waren, dass es nicht möglich sei, den Zollvertrag und weitere Staatsverträge mit der Schweiz aufrecht zu erhalten bei einer gleichzeitigen Mitgliedschaft in der EU (EWR ist praktisch eine EU-Mitgliedschaft ohne Stimmrecht).

Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz hat damals als Chef des Departementes «Volkswirtschaft» die Bevölkerung Liechtensteins beschwichtigt, eine Mitgliedschaft in zwei Wirtschaftsräumen sei möglich. Heute werden wir immer mehr mit den unterschiedlichen Rechtssystemen konfrontiert. Es wäre den Kopf in den Sand gesteckt, dies zu negieren. Wer sich für getrennte Wege entscheidet, trennt sich zwangsläufig. Neben diesem Problem gilt es, die freundschaftlichen Beziehungen zur Schweiz zu pflegen. Die Abstimmung vom Dienstag im Landtag ist vermutlich nicht geeignet, die Verbundenheit zur Schweiz zu vertiefen. Das Faktum ist das Eine. Die Kommentierung ist das Andere. Dem «Vaterland» ist mit einer reisserischen Schlagzeile bezüglich des «Abgeschmetterten Staatsvertrages» ein für

mich beleidigender Tiefschlag gelungen. Dies passt mit höchster Präzision zum EWR-Abstimmungsjubiläum und zum Amtsantritt von Bundesrat Alain Berset als Bundespräsident.

Liechtenstein ist hingegen mit diesem Landtagsentscheid bezüglich der ambulanten Gesundheitsversorgung auf dem Status von 1938 stehengeblieben. Die unbefriedigende Note von 1938 wurde nicht durch einen doch etwas besseren Staatsvertrag ersetzt. Man darf von einer Verärgerung in der Nachbarschaft und im Inland von einer verpassten Chance reden. Der Landtag hat es unterlassen, diesem wichtigen Entscheid zuzustimmen und zum Referendum auszuschreiben.

Nach meiner Ansicht hat der Landtag einmal mehr der Mähr von der Kostensteigerung Glauben geschenkt. Ein Unterschied besteht, ob ortsnah eine Arztpraxis eröffnet, eine Mangelversorgung behoben oder das Einzugsgebiet erweitert wird. Patienten sind, ob das die Politik wahrhaben will oder nicht, sehr stark an den Arzt ihres Vertrauens gebunden. Das sehen selbst die Krankenkassen so. Dem Argument von zusätzlichen 18 000 Schweizer Ärzten, die neu die Gesundheitskosten hochtreiben würden, kann nicht gefolgt werden. Aus meiner jahrzehntelangen Erfahrung weiss ich, dass die frühere «offene Grenze» zur Schweiz bezüglich höherer Kosten nicht auffällig war. Wie wäre es, wenn die hohe Politik vor ihren Entscheidungen das Gespräch mit den Betroffenen suchen würde? Vielleicht könnten damit weite-

re gesundheitspolitische wie auch freundnachbarliche Bruchlandungen vermieden werden. Und übrigens, mit diesem Entscheid dürfte der Landtag sein eigenes Land definitiv als Gesundheitsstandort «an die Wand gefahren haben».

Gert Risch
Wingertgasse 32, Vaduz

CO₂-Reduktion: Innovation ist alles

Wie wir in letzter Zeit der Presse entnehmen konnten, hat Liechtenstein es geschafft, seine CO₂-Emissionen etwas zu senken. Mitverantwortlich an dieser Reduktion war hauptsächlich die geringere Verbrennung fossiler Energieträger. So also auch die Verbrennungsmotoren, sprich Verkehrsmittel (Busse, Autos etc.). Diese Reduktion ist an und für sich nichts Neues und der Liechtensteiner interpretiert dieses klimafreundliche Ereignis so, dass in den letzten Jahren sehr, sehr viele Österreicher nicht mehr in Liechtenstein getankt haben. Diese Interpretation hat vermutlich mit hoher Intelligenz zu tun. Somit wären wir auch schon beim zweiten Thema dieses Leserbriefes angelangt.

Intelligenz fördert bekanntlich Kreativität und Innovation. Grösster Beliebtheit erfreuen sich seit Neuem auch innovative Modelle, um den Debatten im Hohen Landtag noch mehr Pep zu verleihen. Davon beflügelt präsentierte ein pfiffiger Landtagsabgeordneter wäh-

rend seines Votums zum Postulat «Faktische Gleichstellung von Frauen und Männern» der geschätzten Zuhörerschaft zusätzlich und kostenfrei ein interessantes Kochrezept. Dank dieser perfekten und bis ins letzte Detail ausgeführten Präsentation sehe selbst ich als «Küchen-Taliban» mich in der Lage, am Heiligabend ein «Meister-Chateaubriand» zu zaubern. Das Christkind wäre hiermit zur Bescherung gebeten, diesen guten Mann grosszügig zu berücksichtigen und ihn mit einem 20-Punkte-Diplom von Gault Millau zu beglücken. Schöne Festtage.

Manfred Büchel
Gastelun 4, Eschen

Gesundheitsabkommen

Der Entscheid des Landtages von Liechtenstein, das Gesundheitsabkommen mit der Schweiz abzulehnen, kann nur zutiefst bedauert werden. Zutiefst bedauert aus Sicht der Liechtensteiner, die freien Zugang zu den Ärzten in der Schweiz erhalten hätten. Zutiefst bedauert aus Sicht der Beziehungen zur Schweiz, wo nach der Ablehnung der Swisscom, für die Übernahme der Telecom Liechtenstein, ein weiterer wichtiger Entscheid gegen die Schweiz gefällt wurde. Der kurze Arm der Lobbyorganisation Ärztekammer scheint tiefer in den Landtag zu reichen, als man für möglich gehalten hätte. Heimatschutz für eine bevorzugte Minderheit, gegenüber

dem Vorenthalten von Vorteilen für eine grosse Mehrheit, auf Kosten der guten Beziehungen zur Schweiz. Wie das im Interesse Liechtensteins liegen kann ist schleierhaft, aber das wissen die gegen das Abkommen stimmenden Landtagsabgeordneten wahrscheinlich besser.

Dr. oec. Herbert Werle
Am Irkales 7, Vaduz

Menschenrechte

Ich hoffe, die meisten Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner haben den Bericht des Europakommissars Nils Muiznieks gelesen. Es dürfte viele Leser ziemlich erstaunt haben, dass nun neu Abtreibung zu den «Menschenrechten» zählt. Darum musste der Kommissar u. a. für die empfohlene nationale Strategie zur Geschlechtergleichstellung den Zugang zu «einer sicheren und legalen Abtreibung» erwähnen. Im Weiteren ist in diesem Bericht noch die Ratifizierung der sogenannten «Istanbul Konvention» erwähnt, ein Übereinkommen des Eurparates zur Bekämpfung von Gewalt an Frauen, in dem versteckt die Ideologie des Gender-Mainstreaming enthalten ist. Es ist erstaunlich, was uns dieser Eurparat alles empfiehlt und dass dann alles in der Folge mit Steuergeldern bezahlt wird. Ich bin gespannt, ob der erwähnte Bericht auch unserem Parlament vorgelegt wird, wie auch auf die Kommentare der Parlamentarier zum Bericht.

Julius Risch
Unterfeld 3, Triesen



Vaterländische Union

TERMINE

OG Ruggell, Gamprin-Bendern und Schellenberg

Seniorenstamm 60+

Dienstag, 12. Dezember, 16 bis 17.30 Uhr, Löwen Schellenberg

Der Gastredner Kurt Salzgeber, Leiter Pflege + Betreuung beim LAK, wird über die unterschiedlichen Pflegemöglichkeiten in Liechtenstein informieren und auf Fragen der Anwesenden eingehen. Alle Interessierten sind herzlichst zu diesem interessanten Themen-Nachmittag eingeladen.

OG Triesenberg

60+ Hock

Donnerstag, 14. Dezember, 17 bis 18.30 Uhr, Rastplatz Rossboda/Feuerstelle

Adventsfeier am Lagerfeuer bei netten Gesprächen in ungezwungener Atmosphäre mit Glühwein. Treffpunkt ist um 17 Uhr beim Dorfzentrum. Die OG Triesenberg lädt alle herzlich ein, auch solche, die noch nicht 60 sind.

Ortsgruppen des Unterlandes

Weihnachtsfeier im LAK

Samstag, 16. Dezember, ab 15 Uhr im Haus St. Martin

Traditioneller Weihnachtsanlass der Unterländer VU-Ortsgruppen. Musik mit Anna-Maria Gstöhl und Julia Jehle. Der Eschner Ortsgruppenvorsitzende John Zimmermann liest eine Weihnachtsgeschichte, anschliessend werden Geschenke an die Bewohner verteilt. Für das leibliche Wohl ist gesorgt. Die Unterländer VU-Orts-

gruppen freuen sich auf einen besinnlichen Nachmittags und viele tolle Gespräche.

VU-Sekretariat
Tel 239 82 82
www.vu-online.li

Thönig traumhaft schlafen

Das Bettenhaus in St. Gallen

Matratzen und Schlafsysteme bis zu 10 Wochen zu Hause testen

Bettenhaus Thönig
Zürcher Strasse 85
9014 St. Gallen
071 277 14 16
info@thoenig.ch
www.thoenig.ch